

Preis für Politische Bildung 2013 geht an Nürnberger Jugendprojekt

Berlin. Der Bundesausschuss Politische Bildung (bap) hat am 14. Mai in Berlin zum dritten Mal den „Preis Politische Bildung“ vergeben. „Die ausgezeichneten Projekte zeigen, wie wichtig es ist, Politikverständnis und politische Beteiligung in allen Lebensbereichen zu fördern und zu stärken“, sagte Lothar Harles, Vorsitzender des Bundesausschusses Politische Bildung.

Der mit 10.000 Euro dotierte erste Preis ging an „Laut! Partizipation von Jugendlichen in Nürnberg“, ein Kooperationsprojekt des Jugendamtes der Stadt Nürnberg, des Kreisjugendrings Nürnberg Stadt und des Medienzentrums Parabol. Besonders geehrt wurde die Vielschichtigkeit des Partizipationsprojekts, das vielen Jugendlichen die politische und gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht, sei es durch sozialräumliche Jugendversammlungen, durch „laut! TV“ oder durch die transparente Darstellung auf www.laut-nuernberg.de.

Hervorgehoben wurde die Kooperation verschiedener Träger sowie die Intention, alle interessierten Jugendlichen zu beteiligen, nicht nur die bereits politisch Engagierten. Lobend erwähnt wurde zudem, dass „laut!“ immer wieder neue Module der Partizipation hinzufügt, wie zum Beispiel „laut! cash“ zur

finanziellen Förderung von Projekten, die Demokratiewerkshops für Schulklassen oder die „laut! Blah Blase“, die Begriffe aus Verwaltung und Politik jugendgerecht erklärt.

Den zweiten Preis und damit 5.000 Euro nahm das Projekt „Jugend im Landtag“ des Landesjugendrings Mecklenburg-Vorpommern e.V. entgegen. Mit dem dritten Preis wurde die Lebenshilfe gGmbH in Berlin für das Filmprojekt „Politik geht uns alle etwas an!“ prämiert.

Unter dem Motto „Politik – Das verstehen wir darunter!“ hatten sich über 100 Projekte der politischen Bildungsarbeit beworben. Gefördert wird der alle zwei Jahre verliehene Preis vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) und der Bundeszentrale für politische Bildung/bpb. Schirmherr ist MdB Ernst-Reinhard Beck, Vorsitzender des Kuratoriums der Bundeszentrale für politische Bildung/bpb.

Die Preisverleihung war in diesem Jahr die zentrale Veranstaltung der Aktionstage Politische Bildung, die traditionell vom 5. bis 23. Mai stattfinden.

bap



Die stolzen Hauptpreisträger bei der Preisverleihung in Berlin: v.l.n.r.: Thomas Lang und Dorothee Petersen (Kreisjugendring Nürnberg Stadt), Nives Homec (Jugendamt Stadt Nürnberg) und Klaus Barthel (Mitglied des Bundestags).

Österreichische Initiativen für Politische Bildung ab der 7. Schulstufe

Wien. Seit März 2013 kämpft eine neue Bürgerinitiative für die Einführung des Unterrichtsfachs „Politische Bildung“ bereits in der 7. Schulstufe. „Die Demokratie lebt von politisch mündigen, das heißt informierten, politisch gebildeten Bürger/innen“, heißt es in der Begründung. Bürger müssten entsprechendes Wissen vermittelt bekommen – über Rechte und Pflichten, die Bedeutung der Demokratie, die Möglichkeiten der Partizipation, den Aufbau des politischen Systems, die Trennung der Staatsgewalten oder die Rolle der Medien.

Kritisiert wird von den Initiatoren auch, dass bisher einzig an den Berufsschulen ein eigenständiges Fach „Politische Bildung“ existiert. Ansonsten ist sie als Teil des Faches „Geschichte und Sozialkunde/Politische Bildung“ an den Allgemeinbildenden Schulen, sowie als Teil eines Faches (etwa mit Recht oder Wirtschaft) an den Berufsbildenden Schulen vertreten.

Die flächendeckende Einführung eines eigenständigen Unterrichtsfachs „Politische Bildung“ erhöht die Wahrscheinlichkeit, dass die Jugendlichen besser informiert als bisher zur ersten Wahl schreiten, heißt es weiter. Bisher wurden auf der Seite des Parlaments 530 Zustimmungserklärungen für die Bürgerinitiative abgegeben.

Unterstützung von der Bundesschülervertretung

Ein eigenes Unterrichtsfach „Politische Bildung“ – das ist längst überfällig, um junge Menschen auf das Leben in einer Demokratie vorzubereiten. Davon sind die Bundesschülervertreter überzeugt. Sie besuchten deshalb Anfang April Unterrichtsministerin Claudia Schmied, um das wieder einmal zu fordern.

Bundesschulsprecher Felix Wagner dazu: „Es reicht nicht, dass Politische Bildung, so wie bisher, als Unterrichtsprinzip im Lehrplan verankert ist. Es reicht auch nicht, dass Schülerinnen und Schüler in der achten Schulstufe Politische Bildung im Rahmen des Geschichtsunterrichts erhalten sollen. Wir dürfen bereits ab dem Alter von sechzehn Jahren wählen

und müssen daher dementsprechend auf das Leben in einer Demokratie vorbereitet werden, indem man Abläufe veranschaulicht und einen Grundstock an Wissen über Politik schafft. Politische Bildung ist ein MUSS und darf nicht nur als Anhängsel eines anderen Unterrichtsfaches vermittelt werden. Politischer Bildung muss im Unterrichtsgeschehen endlich die angemessene Wichtigkeit beigegeben werden.“

Begonnen werden soll mit der Vermittlung von Faktenwissen über den Aufbau und die Funktionsweise von unterschiedlichen politischen Systemen mit Schwerpunkt auf demokratische Systeme. „Dies ermöglicht in den darauffolgenden Unterrichtsjahren, dass der Unterricht eine Diskussionsplattform wird, die Platz für kritische und sachliche Auseinandersetzung mit dem tagespolitischen Geschehen bietet. Es muss dafür ein eigenes Fach geben, damit den Diskussionen der Raum geboten wird, den sie brauchen, um sinnvoll geführt werden zu können. Andere Fächer bieten aufgrund des zu bewältigenden Lernstoffs kaum genug Raum für Diskussionen dieser Art. Politische Bildung als Unterrichtsfach ist daher längst überfällig!“

Die BSV ist die gesetzlich gewählte Vertretung der österreichischen Schülerinnen und Schüler. Sie besteht aus 27 Landesschulsprechern und zwei Sprechern der Zentrallehranstalten. Der derzeitige Bundesschulsprecher Felix Wagner kommt aus der Österreichischen Schülerunion.

Der Standard / Kurier

Harald Parigger neuer Direktor der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit

München. Bayerns Kultusminister Ludwig Spaenle hat am 16. Mai Dr. Harald Parigger zum Direktor der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit berufen. Der 59-jährige Direktor des Gymnasiums Grafing wird die neue Aufgabe zum 1. August 2013 antreten. Der studierte Gymnasiallehrer und promovierte Historiker war in einer öffentlichen Ausschreibung ausgewählt worden. Seine Auswahl hat die Zustimmung des Ministerrats und des Parlamentarischen Beirats der Landeszentrale erhalten.

Dr. Christoph Rabenstein, der stellvertretende Sprecher des Parlamentarischen Beirats, freut sich, dass mit Parigger als neuem Direktor „ein Neuanfang für die Landeszentrale insgesamt möglich ist und sie aus den Schlagzeilen herauskommt. Mit seinen vielfältigen Erfahrungen wird Dr. Parigger neue Akzente in der Vermittlung der politischen Bildung in Bayern setzen.“

Staatsministerium für Unterricht und Kultus

Maik Reichel. Neuer Leiter der Landeszentrale für politische Bildung in Sachsen-Anhalt

Magdeburg. Der Leiter des Museums in Lützen, Maik Reichel, wurde Anfang Mai neuer Direktor der Landeszentrale für politische Bildung Sachsen-Anhalt. Der 41-jährige Historiker und Experte in der Erwachsenenbildung löst damit Dr. Kai Langer ab, der im Februar kommissarisch die Leitung der Landeszentrale übernommen hatte und der dann wieder auf seinen Posten als Direktor der Stiftung Gedenkstätten zurückkehrt.

Von 2001 bis 17. Januar 2011 war Reichel ehrenamtlicher Bürgermeister der Stadt Lützen. 2006 brachte er die schlachtfeldarchäologischen Untersuchungen in Lützen auf den Weg und begleitet diese seitdem. Seit 2010 ist Maik Reichel Prokurator (Vorstand) der Stiftung Schulpforta, die Förderin der Landesschule Pforta ist. Daraus entstand 2012 eine Sonderausstellung im Museum im Schloss Lützen. Von 2005 bis 2009 war er Mitglied der SPD-Fraktion des Deutschen Bundestages. Hier hat er als ordentliches Mitglied im Innenausschuss, der auch zuständig ist für die Angelegenheiten der Bundeszentrale für Politische Bildung, und im Verteidigungsausschuss mitgearbeitet. Maik Reichel ist verheiratet und hat drei Söhne.

Behörden-Spiegel online

Einflussnahme auf den Unterricht. LobbyControl e. V. veröffentlicht Broschüre

Köln. Lobbyismus macht auch vor der Schultüre nicht halt. LobbyControl hat untersucht, mit welchen Methoden Lob-

byisten Einfluss auf den Unterricht nehmen und welche Motive dahinter stecken. Das aufschlussreiche Ergebnis hat die „Initiative für Transparenz und Demokratie e.V.“ in einer Broschüre „Lobbyismus an Schulen“ (Köln 2013) veröffentlicht. Sie führt Belege dafür an, dass die Einflussnahme auf Kinder und Jugendliche professionell organisiert wird und Teil langfristiger und umfassender Lobbystrategien ist.

Felix Kamella von LobbyControl erläutert: „Immer mehr Lobbyisten erstellen Unterrichtsmaterialien, veranstalten Schulwettbewerbe und bilden Lehrer fort. Doch hinter dem scheinbar wohlmeinenden Engagement stehen konkrete Interessen, die dazu führen, dass die Inhalte einseitig werden. Kinder und Jugendliche als Wähler und Konsumenten von morgen werden zum Ziel einer langfristigen und umfassenden Lobbystrategie. Dass die Inhalte einseitig werden, ist nicht verwunderlich. Denn der Einsatz an den Schulen soll letztlich den Verbands-, Unternehmens-, oder Vereinszielen dienen.“

Volkswagen schlägt deshalb in seinem Unterrichtsmaterial zum Thema Mobilität und Klimaschutz natürlich nicht vor, mehr mit dem Fahrrad zu fahren. Oder die Lobbyorganisation der Erdgas- und Erdölförderunternehmen gibt vor, dass diese mit ihrem Schulengagement nur „die Reputation der Branche verbessern“ wollen.

LobbyControl spitzt zu: „Den Akteuren geht es nicht um Bildung, sondern um Meinungsmache und Marketing. Und die Politik schweigt dazu oder fördert sogar zweifelhafte Kooperationen.“

In der sechszehnteiligen, anschaulich mit Beispielen illustrierten Broschüre sind viele Beeinflussungswege aufgezeigt. Einseitige, meist kostenlos zur Verfügung gestellte Unterrichtsmaterialien sind nur eine Form. Die Homepage der Initiative führt weitere auf: „Da Schulbücher an Schulen oft veraltet sind, eignen sich die Materialien gut, die politische Botschaft mit aktuellen Themen zu verknüpfen und so in die Schule zu tragen. Eine weitere Möglichkeit ist es, Vertreter von Unternehmen oder Verbänden als „Experten“ in den Unterricht zu schicken. Auch Spiele werden für Meinungsmache genutzt.

Der unterhaltsame Ansatz soll die Inhalte für die Kinder und Jugendlichen attraktiv machen und ein positives Image erzeugen.“

Wie sich Unternehmen Zugang zu Schulen verschaffen, erläutert Kamella an einem Beispiel: „Lobbygruppen rücken durch Studien bestehende oder auch nur vermeintliche Mängel im Bildungssystem in den Fokus. Mehr Engagement von Unternehmen an Schulen wird dann als Lösung verkauft.“

Auf der Grundlage ihrer Analyse hat LobbyControl einen offenen Brief an die Bildungsminister der Bundesländer verfasst und sammelt dafür auf ihrer Internetseite Unterschriften. In der Eingabe formuliert die NGO: „Wir fordern Sie als Bildungsministerin und -minister auf, das Problem der Einflussnahme von Lobbyisten an Schulen anzugehen und Maßnahmen gegen Meinungsmache und Marketing im Unterricht zu ergreifen. – Richten Sie eine Monitoringstelle ein, bei der Lehrkräfte, Schüler oder Eltern auffälliges Material prüfen lassen können und die einen Leitfaden zum kritischen Umgang mit externem Material herausgibt. – Schaffen Sie Regeln für die Offenlegung der Finanzierung von externen Schulmaterialien. – Sorgen Sie für ein umfassendes Werbeverbot an Schulen.“

Die Informationsbroschüre kann im Netz bestellt und heruntergeladen werden von der Homepage von LobbyControl unter der URL: <https://www.lobbycontrol.de/>.

vO

Ende der mehrsprachigen Wahlfibeln. Politische Bildung künftig nur noch auf Deutsch

Berlin. Einheitsdeutsch statt Muttersprache: Vier Monate vor der Bundestagswahl im September wurde durch eine am 28. Mai veröffentlichte Recherche der Süddeutschen Zeitung bekannt, dass das Innenministerium keinen mehrsprachigen Leitfaden zur Wahl mehr herausgeben will. Deutsche mit Migrationshintergrund würden auch anderweitig über das politische System informiert.

Vor der Bundestagswahl 2009 war eine der zahlreichen Infobroschüren der

Bundeszentrale für politische Bildung mit „secim senim“ überschrieben. „Du hast die Wahl“ heißt das auf Türkisch und sollte die damals etwa 690.000 eingebürgerten Deutschen mit türkischem Hintergrund dazu ermuntern, ihr Wahlrecht wahrzunehmen.

Das Angebot der politischen Bildung richte sich „an alle interessierten Bürger, unabhängig von ihrer Herkunft“, erklärte der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesinnenministerium Ole Schröder in einer Antwort auf eine Frage der Abgeordneten Viola von Cramon. Es werde „daher seitens der Bundeszentrale für politische Bildung keine mehrsprachigen Wahlfibeln geben“.

Zuwanderer würden ja bereits in Integrationskursen „über die Grundzüge der politischen Beteiligung und Teilhabe in Deutschland informiert“. Eine der Voraussetzungen für den Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit seien Kenntnisse der Rechts- und Gesellschaftsordnung und der Lebensverhältnisse in Deutschland.

Andererseits sind vermutlich fast alle Deutschen irgendwann einmal in der Schule in demokratischen Mechanismen unterrichtet worden, und dennoch sieht die Bundeszentrale offenkundig ausreichend viele Fragen, die es vor einer Wahl zu beantworten gilt. Im Kern geht es darum, ob das nur auf Deutsch oder auch in anderen Sprachen geschehen darf.

Anders als 2009, als die türkische Fibel zusammen mit dem Integrationsbeauftragten des Berliner Bezirks Tempelhof-Schöneberg erstellt worden war, lautet die Antwort der Bundesregierung nun: Nein. Denn: „Eine weitere Einbürgerungsvoraussetzung sind ausreichende Kenntnisse der deutschen Sprache.“

Die Bundestagsabgeordnete Cramon verweist dagegen auf die unterdurchschnittliche Wahlbeteiligung der Migranten und wirft Innenminister Hans-Peter Friedrich „borniertes, provinzielles Denken“ vor. „Natürlich haben eingebürgerte Deutsche gute deutsche Sprachkenntnisse“, räumt sie ein. Dennoch halte sie es „für extrem sinnvoll, über das komplizierte deutsche Wahlsystem in den Muttersprachen zu informieren – denn nur das, was ich genau verstehe, kann ich auch unterstützen“.

vO